

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Verbände
Schlagworte	Gewerkschaften
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Positionspapier und Parolen
Datum	01.01.1989 - 01.01.2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc
Hirter, Hans
Scherrer, Debora

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc; Hirter, Hans; Scherrer, Debora 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Verbände, Gewerkschaften, Positionspapier und Parolen, 1990 – 2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Verbände	1
Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks	1
Arbeitnehmer, Gewerkschaften	1

Abkürzungsverzeichnis

IWF	Internationaler Währungsfonds
EU	Europäische Union
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
VPOD	Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
GBI	Gewerkschaft Bau und Industrie
GSoA	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
EG	Europäische Gemeinschaft
Droleg	Dachverband für Drogenlegalisierung
GDP	Gewerkschaft Druck und Papier, später Comedia/Syndicom
GBH	Gewerkschaft Bau und Holz
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (Vorgänger von Travail.suisse)
SMUV	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)
VSA	Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände

FMI	Fonds monétaire International
UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
USS	Union syndicale suisse
SSP	syndicats des Services publics
SIB	Syndicat industrie et bâtiment
GSsA	Groupe pour une Suisse sans Armée
CE	Communauté européenne
Droleg	Association faitière de la légalisation des drogues
SLP	Syndicat du livre et du papier
SBB	Syndicat du bâtiment et du bois
CSC	Confédération des syndicats chrétiens de Suisse (Prédécesseur de Travail.suisse)
FTMH	Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie)
ES	Fédération des sociétés suisses d'employés

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Verbände

Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.12.2010
MARC BÜHLMANN

Bei ihrem Kongress in Lausanne verabschiedete die **Unia** eine Resolution, die den besseren Schutz von Gewerkschaftern in der Arbeitswelt forderte.¹

Arbeitnehmer, Gewerkschaften

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.09.1990
HANS HIRTER

Von den sechs Volksinitiativen, über die 1990 abgestimmt wurde, fanden zwei («**Stopp dem Beton**» und «**Kleeblatt-N5**») beim SGB keine Unterstützung. Den Verfassungsartikel zur Energiepolitik empfahl er zur Annahme, die drei mit Referenden bekämpften Gesetzesrevisionen (Rebbau, Bundesgericht und Strassenverkehrsgesetz) zur Ablehnung. Die Parolen des CNG deckten sich weitgehend mit denen des SGB. Der einzige Unterschied bestand darin, dass er alle drei Kleeblattinitiativen (also auch den Verzicht auf die N5) unterstützte.²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 20.10.1990
HANS HIRTER

Zweites wichtiges Kongressthema war die Diskussion über ein Papier der SGB-Leitung zur europäischen Integration. Die Delegierten äusserten sich **vorwiegend positiv zu einem Beitritt der Schweiz zur EG**, knüpften daran allerdings einige Bedingungen im sozialen Bereich. Es waren vor allem die Delegierten des SMUV und der GBH, welche sich für einen Beitritt einsetzten und den Vorstand zu einer rascheren Gangart drängten. Eine Delegiertenkonferenz des SMUV beschloss im November, die von einigen Medienunternehmen lancierte Volksinitiative für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EG zu unterstützen.³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.06.1991
HANS HIRTER

Von den vier der Volksabstimmung unterbreiteten Vorlagen erhielten das **Stimmrechtsalter 18, die LdU-Initiative für den öffentlichen Verkehr und die Finanzreform die Unterstützung** sowohl des SGB als auch des CNG und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA). Der SGB lehnte hingegen die Entkriminalisierung der Dienstverweigerung als zuwenig weit gehend ab; die VSA sprach sich dafür aus und der CNG verzichtete auf eine Parole.⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.02.1992
HANS HIRTER

Die sich weiter **verschlechternde Konjunkturlage** veranlasste die Gewerkschaften, in die **Offensive zu gehen und vom Staat Massnahmen** zur Ankurbelung der Wirtschaft, vor allem des Baugewerbes, zu fordern. Den Anfang machte im Februar der CNG, der SGB folgte wenige Tage später und verlangte zusätzlich auch noch eine Lockerung der Geldpolitik der Nationalbank.⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.08.1992
HANS HIRTER

Bei den übrigen eidgenössischen Volksabstimmungen sprach sich der SGB **für die Krankenkasseninitiative aus** und gab zur Tierschutzinitiative die Stimme ebenso frei wie zur Gewässerschutzinitiative und zum IWF-Beitritt. Der SGB **bekämpfte hingegen die Stempelsteuergesetzesrevision**, gegen die er zusammen mit der SP das Referendum ergriffen hatte.⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.09.1992
HANS HIRTER

In der Europapolitik gab sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) **weiterhin integrationsfreundlich**. Anfangs März wiederholte er seine Aufforderung an den Bundesrat, noch vor der EWR-Abstimmung ein EG-Beitrittsgesuch einzureichen. Am ausserordentlichen Kongress in Bern vom 10. und 11. Juni begrüsst die Delegierten in einer ohne Gegenstimme und bei bloss vier Enthaltungen verabschiedeten Resolution das inzwischen vom Bundesrat in Brüssel eingereichte Gesuch.

Auch der **EWR wurde vom SGB unterstützt**, allerdings nicht ganz vorbehaltlos. Noch vor der parlamentarischen Behandlung hatte der SGB mit der Nein-Parole gedroht, falls nicht flankierende Massnahmen zum Schutz der einheimischen Arbeitskräfte vor 'Lohndumping' getroffen würden. Als geeignete Mittel propagierten die Gewerkschaften

die Vereinfachung der Bestimmungen, mit denen Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklärt werden können, die Festlegung von Minimallöhnen und die Verpflichtung, bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge die örtlichen Anstellungs- und Arbeitsbedingungen einzuhalten.⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 13.10.1992
HANS HIRTER

Obwohl diese Forderungen auch von der SP unterstützt wurden, vermochten sie sich im Parlament nicht direkt, sondern nur als Absichtserklärungen in Form von Motionen durchzusetzen. Trotzdem fassten die **Delegierten des SGB mit 81 zu 3 Stimmen die Ja-Parole.**⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 09.11.1992
HANS HIRTER

Wie der SGB entschied sich ebenfalls der CNG nach einigen Vorbehalten für ein **Ja zum EWR-Vertrag.** Auch die Delegierten der **Vereinigung der Schweizerischen Angestelltenverbände** sprachen sich fast einhellig (32:2) für den EWR-Vertrag aus.⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.03.1993
HANS HIRTER

Als wichtigste Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit pries der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) **kurzfristig staatliche Konjunkturspritzen** (wie zum Beispiel das vom Parlament beschlossene Impulsprogramm) und **langfristig eine ausgebauten Weiterbildung sowie radikale Arbeitszeitverkürzungen** an. Bemerkenswert war, dass bei letzteren die Gewerkschaftsspitze auch die Inkaufnahme eines Reallohnabbaus – zumindest für mittlere und obere Lohnkategorien – nicht ausschloss. In der Realität mussten die Gewerkschaften allerdings Verträge akzeptieren, welche in eine andere Richtung zeigten.¹⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.03.1993
HANS HIRTER

Für die Realisierung des kurzfristigen Ziels der Konjunkturbelebung nach keynesianischem Muster lancierten die Gewerkschaften **zusammen mit linken Parteien und Organisationen in einer Reihe von Kantonen Volksinitiativen.** Die darin vom Staat verlangten zusätzlichen Aktivitäten sollen mit einem Steuerzuschlag für die oberen Einkommensklassen finanziert werden.¹¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.09.1993
HANS HIRTER

Nicht ganz unumstritten war die vom SGB herausgegebene **Ja-Parole zur Ersetzung der Umsatz- durch die Mehrwertsteuer;** insbesondere von welscher Seite wurde der Systemwechsel als «Geschenk» an die Unternehmer kritisiert.¹²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.12.1994
HANS HIRTER

Die Forderung der Unternehmerverbände nach einem **Moratorium beim Ausbau der Sozialwerke** liess die Arbeitnehmerverbände näher zusammenrücken. Im Februar traten die Spitzen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG) und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit, in welcher sie sich **gegen dieses Ansinnen zur Wehr setzten.**

Verschiedene Gewerkschaften machten wie bereits im Vorjahr mit **Grossdemonstrationen** auf ihre Tarifforderungen aufmerksam. So demonstrierten Ende Mai in Bern rund 15'000 Bauarbeiter für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit mehr Lohn und kürzeren Arbeitszeiten. In Zürich gingen einmal 1'500 und einmal gut 1'000 städtische Angestellte und in Lausanne rund 2'000 Lehrerinnen und Lehrer auf die Strasse, um gegen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen zu protestieren. Die Gewerkschaften der Druckindustrie führten am 3. November gar einen landesweiten Streik zur Unterstreichung ihrer Tarifforderungen durch.¹³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 14.06.1996
HANS HIRTER

Als Reaktion einerseits auf den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen», welcher für die Zukunft erhebliche Finanzierungslücken konstatierte, und andererseits auf die Forderung der Arbeitgeber nach einem Ausbaustopp für die **Sozialwerke verlangten der SGB und die SP in einem gemeinsamen Papier einen weiteren Ausbau.** Konkret forderten sie sowohl die Einführung einer Mutterschaftsversicherung und des flexiblen Rentenalters ab 62 Jahren als auch die Erhöhung der Kinderzulagen und grössere staatliche Beiträge an die

Krankenversicherungsprämien. Diese zusätzlichen Leistungen sollen primär über einen höheren Satz bei der Mehrwertsteuer und nur noch zu einem geringen Teil über neue Lohnprozente finanziert werden.¹⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 01.12.1996
HANS HIRTER

Erstmals seit langer Zeit konnten die Gewerkschaften wieder einmal bei einer eidgenössischen Volksabstimmung einen Sieg gegen die Arbeitgeberverbände und die bürgerlichen Parteien feiern. Mit einem Mehr von 67% **lehnte das Volk eine Lockerung der Vorschriften über die Nacht- und Sonntagsarbeit** im Rahmen einer Revision des Arbeitsgesetzes ab. Der SGB hatte zusammen mit dem CNG und der SP dagegen das Referendum ergriffen.

Ein Erfolgserlebnis verzeichneten die Gewerkschaften auch in der Konjunkturpolitik. Die vom SGB zusammen mit der SP vorgetragene Forderung nach einem **neuen Impulsprogramm** (Förderung von Investitionen der öffentlichen Hand) fand – dank der CVP – im **Nationalrat eine Mehrheit**.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.01.1997
HANS HIRTER

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gab zu Jahresbeginn bekannt, dass er die generelle Verkürzung der Arbeitszeit zu seiner Hauptforderung machen werde. Er sah darin insbesondere auch ein Mittel, um die **Wirtschaftsrezession zu überwinden und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen**. Die Arbeitszeitreduktion solle sowohl im Zentrum der Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge stehen als auch mit einer Volksinitiative erkämpft werden. Einen Vorentwurf für diese geplante Initiative gab der SGB in die verbandsinterne Konsultation. Das Projekt sieht vor, die gesetzliche Höchstarbeitszeit schrittweise auf **37 Wochenstunden zu beschränken**. Der SMUV folgte der Empfehlung des SGB und erklärte zum Auftakt der Verhandlungen über den neuen Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinenindustrie eine Arbeitszeitreduktion um 10% ohne Lohneinbusse zu seiner Hauptforderung. Als Gegenleistung offerierte er sein Einverständnis zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, welche den Unternehmen innerhalb einer fixen Jahreshöchstarbeitszeit mehr Spielraum für unregelmässige Wochenarbeitszeiten lassen würde.¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.06.1997
HANS HIRTER

Der Stimmfreigabe des SGB für die Volksabstimmung über die SP-Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr stiess bei der SP auf Verständnis. Der Gewerkschaftsbund hatte die Initiative zwar ursprünglich unterstützt, die seit der Lancierung eingetretene **Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt** veranlasste ihn nun aber zu einer Distanzierung. Der SMUV gab die Stimme ebenfalls frei, die GBI unterstützte hingegen die Initiative¹⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.09.1997
HANS HIRTER

Nach dem Sieg von 1996 in der Volksabstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz konnten die Gewerkschaften bereits wieder einen Abstimmungserfolg verbuchen. Am 28. September **lehnten die Stimmberechtigten mit knappem Mehr** den Dringlichen Bundesbeschluss über die **Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung ab**. Der SGB war bei der Kampagne zu dieser Abstimmung in der ersten Reihe gestanden, obwohl er das von einem lokalen Arbeitslosenkomitee aus La Chaux-de-Fonds (NE) lancierte Referendum, dem sich in der Folge auch die Gewerkschaftsbünde der Kantone Genf und Waadt sowie der VPOD angeschlossen hatten, nicht unterstützte. Der Grund für die anfängliche Passivität des SGB war seine Einschätzung gewesen, dass dieses Referendum in der Bevölkerung keine Unterstützung finden werde.¹⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 08.11.1997
HANS HIRTER

Der Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbunds (CNG), Hugo Fasel (csp, FR), kündigte ebenfalls politische Vorstösse für eine Arbeitszeitreduktion an. Die vom SGB geplante Volksinitiative beurteilte er allerdings als zu starr; er forderte stattdessen, eine **Arbeitszeitreduktion mit der Realisierung von neuen Arbeitszeitmodellen** zu verknüpfen. Die Delegiertenversammlung der CNG unterstützte den Vorstand in seiner Absicht, sich nicht an der SGB-Initiative zu beteiligen, sondern einen eigenen Initiativtext auszuarbeiten.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 13.12.1997
HANS HIRTER

Wie bereits im Jahr zuvor waren auch dieses Jahr die meist im VPOD organisierten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Kampf gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen im Rahmen von kantonalen Sparprogrammen sehr aktiv. Mehrmals führten sie zur **Unterstreichung ihrer Forderungen grosse Demonstrationen** durch. Der Versuch der Gewerkschaften des SGB, die Bankangestellten zu Manifestationen gegen die Fusion von zwei Grossbanken und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau zu mobilisieren, scheiterte hingegen. Der nicht dem SGB angehörende Bankpersonalverband hatte sich an diesen Demonstrationen nicht beteiligt.

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 14.08.1998
HANS HIRTER

Einen, allerdings auf niedriger Flamme gehaltenen Konflikt erlebte der SGB bei der Beurteilung der Zweitaufgabe des von ihm 1996 erfolgreich bekämpften Arbeitsgesetzes. Das von der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) zusammen mit Westschweizer Gewerkschaftern (unter anderem der Waadtländer Gewerkschaftsbund) lancierte Referendum unterstützte er nicht, da in den parlamentarischen Verhandlungen mit der Erfüllung der beiden Hauptforderungen (Zeitzuschläge und Sonntagsarbeitsverbot) das Maximum herausgeholt worden sei. Zuhanden der Volksabstimmung gab er – wie auch die SP und der CNG – die **Ja-Parole** aus, während die GDP zusammen mit der PdA für eine Ablehnung warb.

Der SGB lancierte zusammen mit der SP zwar einige Volksinitiativen, marschierte aber bei der Parolenfassung für Volksabstimmung nicht immer im Gleichschritt mit den Sozialdemokraten. Bei der von der SP unterstützten **Genschutz-Initiative** hatte der grösste Teilverband, die GBI, welche auch die Interessen der Chemieangestellten vertritt, die **Nein-Parole** beschlossen. Im SGB war zwar in einer Eventualabstimmung eine Mehrheit der Delegierten für eine Unterstützung der Initiative, schliesslich setzte sich aber die Stimmfreigabe durch. Zu der von der SP mitgetragenen S.o.S.-Initiative für eine Abschaffung der präventiven Polizei gab der SGB keine Abstimmungsparole heraus, und zu der von der SP unterstützten «Droleg»-Initiative gab er die Stimme frei. Einig mit der SP war man sich hingegen bei der Unterstützung der beiden Referenden gegen das revidierte Asylgesetz und die dazu gehörenden dringlichen Massnahmen.¹⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 25.09.1999
HANS HIRTER

Die Gewerkschaften nutzten die **markant verbesserte Konjunkturlage zur Anmeldung von Lohnforderungen**. Besonders aktiv waren die Beschäftigten der Baubranche. Ende September demonstrierten in Bern 18'000 Personen für die Forderung der GBI nach CHF 200 mehr Monatslohn für alle. Es handelte sich dabei um die grösste Manifestation des Berichtsjahres.²⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 19.10.1999
HANS HIRTER

Das Referendum der Lega und der SD gegen die bilateralen Verträge mit der EU wurde **von den Gewerkschaften nicht unterstützt**. Es bestanden zwar in den Reihen der Gewerkschaften ernsthafte Befürchtungen über Lohndumping nach der Einführung der Freizügigkeit im Personenverkehr. Mit den vom Parlament beschlossenen Begleitmassnahmen, welche insbesondere eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Gesamtarbeitsverträge brachten, wurde diesen **Ängsten aber weitgehend Rechnung getragen**. Vor den Parlamentsverhandlungen hatte die Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) beschlossen, die Verträge mit einem Referendum zu bekämpfen, falls diese Begleitmassnahmen nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfallen würden. Später doppelte der SGB nach, indem er unmittelbar vor Beginn der Ratsdebatten bekannt gab, dass er sein Sekretariat mit der Vorbereitung der Kampagne für ein allfälliges Referendum beauftragt habe.²¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLENDATUM: 04.04.2000
HANS HIRTER

Nachdem der SGB bereits während der parlamentarischen Beratungen im Herbst 1999 gedroht hatte, die **bilateralen Verträge mit der EU** zu bekämpfen, wenn die arbeitsmarktlichen Begleitmassnahmen unbefriedigend ausfallen würden, erneuerte er seine Drohung im Berichtsjahr, als die Verhandlungen im Baugewerbe über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag ins Stocken gerieten. Nachdem die Situation dank der Vermittlung durch Wirtschaftsminister Couchepin deblockiert war, und die Vertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, gab der SGB die Ja-Parole zu den Abkommen mit der EU aus.²²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 20.12.2000
HANS HIRTER

Zu einem zunehmend wichtigen Kampffeld für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) wurde die **Privatisierung** bisher vom Staat oder seinen Betrieben erbrachter Leistungen, die Liberalisierung von Märkten und die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen beim Staatspersonal. Bereits im Januar beantragte der VPOD dem SGB, das Referendum gegen das in der Frühjahrssession von der Bundesversammlung fertig zu beratende neue **Personalrecht des Bundes** zu ergreifen. Der VPOD bemängelte insbesondere den ungenügenden Kündigungsschutz infolge der Aufhebung des Beamtenstatus, die Einführung einer Leistungskomponente bei der Lohnfestsetzung und die Möglichkeit, bestimmte Personalkategorien dem OR zu unterstellen. Nach der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes ergriffen der VPOD und der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe das Referendum; der SGB unterstützte sie dabei. Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) und die ihm angehörende Organisation des Personals öffentlicher Dienste (transfair) beteiligten sich hingegen nicht daran; sie begrüßten das neue Gesetz als notwendigen und auch für die Beschäftigten positiven Modernisierungsschritt. Gleich argumentierte auch die Vereinigung der schweizerischen Angestelltenverbände (VSA). In der Volksabstimmung unterlag der SGB, welcher nur bei der SP und der GP Unterstützung fand, deutlich. Gegen Jahresende zeichnete sich ab, dass die Gewerkschaften des SGB auch die von Bundesrat und Parlament angestrebte Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes mit einem Referendum bekämpfen würden.²³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 31.12.2000
HANS HIRTER

Umstritten war im SGB die Parole zur **Verkehrshalbierungsinitiative**, über welche das Volk im März abstimmte. Verbände der Angestellten des öffentlichen Verkehrs (Eisenbahner, VPOD) waren für die Initiative, der SMUV, bei dem auch die Beschäftigten der Automobilbranche organisiert sind, sprach sich für Ablehnung aus; der SGB entschied sich für Stimmfreigabe. Die Volksinitiative der SP für eine Halbierung der **Militärausgaben** (Umverteilungsinitiative) wurde hingegen vom SGB geschlossen unterstützt. Dies war bei früheren vergleichbaren Armeevorlagen (z.B. Halbierungsinitiative) noch nicht der Fall gewesen; die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen war nach der massiven Reduktion der schweizerischen privaten und staatlichen Rüstungsindustrie offensichtlich nicht mehr sehr gross.²⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.11.2009
HANS HIRTER

In ein Dilemma gerieten sowohl der SGB als auch Travail Suisse bei der Abstimmung über die **Volksinitiative für ein Verbot des Exports von Kriegsmaterial**. An sich war ihnen die von der politischen Linken unterstützte Initiative der GSoA nicht unsympathisch. Sie mussten aber auch die Ängste vor einem Stellenabbau in den direkt betroffenen Betrieben und ihren Zulieferern berücksichtigen. Beide Dachverbände entschieden sich daher für eine Freigabe der Stimme. Von den Unterverbänden des SGB empfahl die Unia, bei der auch die Angestellten der Maschinenindustrie organisiert sind, ein Ja und der VPOD, dem Arbeiter der staatlichen Rüstungsbetriebe angehören, ein Nein.²⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 27.09.2010
MARC BÜHLMANN

Bereits im Januar gab der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** an seiner Jahrespressekonferenz bekannt, dass er die **Abbaupläne für Sozialleistungen mit Referenden bekämpfen** wolle. Dies betreffe insbesondere den Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung, die Neuaufgabe der 11. AHV-Revision und die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Der Erfolg war allerdings durchgezogen. Das Referendum gegen den Mindestumwandlungssatz wurde im März zwar deutlich gewonnen, das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz hingegen wurde gegen den Widerstand des SGB angenommen. Die 11. AHV-Revision wurde noch im Parlament versenkt.²⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 21.05.2011
DEBORA SCHERRER

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** präsentierte im Mai 2011 einen Katalog mit Forderungen zur Personenfreizügigkeit. Anhand des Berichtes des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) besteht bei den flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping im Rahmen der Personenfreizügigkeit ein Vollzugsnotstand. Die SGB forderte deshalb, dass künftig 50% sämtlicher Neuanstellungen in der Schweiz auf Lohndumping überprüft werden, dass der Bund und die Kantone verbindliche Mindestlöhne durchsetzen und dass Lücken im Gesetz, wie zum Beispiel die Solidarhaftung von Generalunternehmen, geschlossen werden.²⁷

- 1) NZZ, 6.12.10
- 2) NZZ, 3.2. und 17.5.90; NZZ, 7.3. und 10.9.90
- 3) Diskussion (1990) Nr. 12; Gewerkschaftliche Rundschau (1991) Band 83, S. 3 ff.; Presse vom 22.10.90; TA, 19.11.90
- 4) NZZ, 22.1. 26.1. und 8.2.91; JdG, 9.4.91; NZZ, 29.5.91
- 5) Bund, 8.2.92; Presse vom 18.2.92
- 6) NZZ, 28.1., 9.4. und 21.8.92
- 7) SGT, 4.2.92; Bund, 15.5. und 7.9.92; SN, 7.3.92; TA, 11.6.92; SN, 7.3.92; TA, 11.6.92. Vgl. auch SPJ 1991, S. 359.
- 8) Presse vom 13.10.92
- 9) NZZ, 19.10. und 9.11.92
- 10) Diskussion (1993) Heft 21, S. 20 f.; Presse vom 24.3.93; Ww, 25.3.93
- 11) WoZ, 26.3.93
- 12) NZZ, 7.9. und 13.11.93; BZ, 7.9.93
- 13) Gewerkschaftliche Rundschau (1994), Heft 3; LM, 18.2.94; Bund, 30.5.94; Presse vom 31.8.94; TA, 8.7. und 6.10.94; 24 Heures, 2.12.94
- 14) TA, 14.6.96
- 15) Presse vom 9.1.97; Bund und Express, 14.11.97
- 16) SGT, 15.4.97; TA, 7.6.97
- 17) WoZ, 14.2.97; SZ, 3.4.97
- 18) Lib., 3.11.97; NZZ, 8.11.97
- 19) WoZ, 19.3.98; SGT, 27.3.98; TA, 8.4. und 28.4.98; NZZ, 7.11.98; BaZ, 3.4.98; NZZ und TA, 28.4.98; NZZ, 14.8.98
- 20) Bund, 25.9. und 27.9.99
- 21) TA, 10.5.99 und 24h, 11.10.99; NZZ, 26.8.99 und 24h, 19.10.99
- 22) CdT, 11.3.00; LT, 11.3. und 13.3.00; NZZ, 4.4.00; AZ, 12.4.00. Vgl. SPJ 1999, S. 399 f. Siehe auch oben, Teil I, 7a (Gesamtarbeitsverträge).12
- 23) NZZ, 27.1., 30.9. (SGB), 10.10. (CNG), 24.10. (VSA) und 20.12.00 (Elektrizitätsmarkt); Lib., 6.4.00. Vgl. oben, Teil I, 1c (Verwaltung).
- 24) Blick, 10.2.00.; NZZ, 12.10.00.
- 25) BaZ, 3.11.09.
- 26) NLZ und NZZ, 6.1.10; NF, 9.3.10, Presse vom 27.9.10.
- 27) NZZ, 21.5.11.